

BIW ziehen gegen die Ausgangssperre vor Gericht

Timke: Eingriff in die Grundrechte ist überzogen – Auch die CDU hat Probleme mit der Infektionsschutzmaßnahme

Von Klaus Mündelein

BREMERHAVEN. Jan Timke (BIW) will gegen die Ausgangssperre klagen. Der Stadtverordnete sieht keine ausreichende Begründung für eine so tiefgreifende Einschränkung der Grundrechte. „Einfach nur ein Zeichen setzen zu wollen, reicht nicht“, sagt Timke mit Blick auf die Aussage von Krisenstabsleiter Ronny Möckel. Auch in der CDU wird die Ausgangssperre kritisch gesehen.

Es seien keine Zahlen geliefert worden, die belegen, dass eine nächtliche Ausgangssperre sinnvoll sei, sagt Timke. Und keine Statistik, die darüber aufklärt, ob es nachts mehr Verstöße gegen die Kontaktbeschränkungen gibt als tagsüber. Es gebe Hotspots wie Betriebe, Kliniken und Schulen. Aber dort wirke eine Ausgangssperre eben nicht. Timke

fürchtet, dass hier aus blindem Aktionismus gehandelt werde.

„Ich bin kein Coronaleugner, und der Krisenstab macht gute Arbeit“, sagt Timke. Aber man dürfe nicht aus Ratlosigkeit blind unnütze Maßnahmen ergreifen und dabei massiv die Grundrechte der Bürger einschränken. Außerdem beklagt Timke, dass bei einer so tiefgreifenden Maßnahme nicht die Stadtverordnetenversammlung einbezogen wurde. Er spricht von einer einsamen Entscheidung des Oberbürgermeisters. Timke will nun eine Überprüfung der Ausgangssperre durch das Verwaltungsgericht Bremen einleiten. Ein Anwalt sei bereits mit dem Verfassen einer Klageschrift beauftragt worden.

CDU-Fraktionschef Thorsten Raschen steht der Ausgangssperre ebenfalls kritisch gegenüber: „Ich

bin nicht grundsätzlich dagegen. Aber zurzeit bin ich nicht überzeugt, dass das der richtige Weg ist.“ Raschen ist ebenfalls der Meinung, dass die Maßnahme als massiver Eingriff in die Grundrechte überzogen sei. Seit Monaten gelinge es nicht, den Betrieb in der Lessingstraße einzuschränken. „Die Autos vor der Stadthalle bekommen wir auch nicht in den Griff“, sagt Raschen, und mit der Maskenpflicht in der Hafestraße klappe es auch nicht. Hier müsse erst einmal durchgegriffen werden, bevor an eine Ausgangssperre gedacht werde.

Gedränge am Holzhafen

Raschen hat zudem Zweifel am Sinn der nächtlichen Ausgangssperre: „Am Holzhafen sehe ich tagsüber großes Gedränge, aber abends ist da nichts los.“ Ihm rei-

» Einfach nur ein Zeichen setzen zu wollen, reicht nicht. «



Jan Timke (BIW), Stadtverordneter

Foto: Engler

che einfach nicht der Inzidenzwert als Basis für solche Entscheidungen. Es stünden viele Tests inzwischen zur Verfügung, und es werde geimpft. Das sei alles nicht berücksichtigt worden.

Die Ausgangssperre wurde mit

der hohen Infektionsrate pro 100000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen (Inzidenzwert) begründet. Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) hatte betont, dass die Kliniken sich bereits an der Belastungsgrenze befänden und es oberstes Ziel sei, dass das Gesundheitssystem nicht zusammenbricht. Es gebe im privaten Bereich immer größere Probleme, weil sich viele nicht an die Coronaregeln hielten.

Als Beispiele, wo Ausgangssperren Wirkung gezeigt hätten, nennt der OB Frankreich und Italien. Timke verweist hingegen auf andere Lebenssituationen in Südeuropa, wo das Leben in der Öffentlichkeit und auf den Straßen erst abends beginne. Da könnten Ausgangssperren in der Tat Wirkung entfalten. In Deutschland gebe es eine andere Kultur. (ger)